TOP 3.7.2 Update TTIP – neuer Kommissionsvorschlag zu „Investment Court System“ (anstelle ISDS)

1. Vorschlag der Kommission für ein neues Investitionsgerichtssystem

Nach massiver öffentlicher Kritik zu Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren (ISDS) in TTIP hat die Kommission einen neuen Entwurf zum Investitionsschutzkapitel vorgelegt. Dieser sieht eine Investitionsschiedsgerichtsbarkeit mit Berufungsinstanz vor. In Streitfällen soll sich das Tribunal aus 3 RichternInnen von einer Liste von 15 namhaft gemachten RichterInnen, die zum Richteramt befähigt sind, (jeweils 5 aus EU und USA sowie einem Drittstaat) zusammensetzen. Ein Präsidium (PräsidentIn, VizepräsidentIn) ernennt das Tribunal. Eine Berufungsinstanz soll sich aus 6 RichterInnen zusammensetzen. Als weitere Neuerung hat die Kommission eine vermeintliche Regulierungsklausel („right to regulate“) vorgelegt.

2. Auswirkungen

Mit dem neuen Vorschlag wurde versucht auch auf einige Forderungen zur Reform des ISDS einzugehen. Allerdings ändert dies praktisch nichts an den Risiken, die vom Investitionsschutz ausgehen. Hierzu gibt es – trotz etlicher Vorstöße zur Reform (reichend von expliziten Ausnahmen bis hin zur Begrenzung von Schadenersatzforderungen) – **keine auch nur annähernd nennenswerte Bewegung von Seiten der Kommission.**

Das **staatliche Regulierungsrecht** wird in der vorgeschlagenen Bestimmung – unbeschadet von entsprechenden Beteuerungen von Seiten der Kommission – **keineswegs abgesichert**. Die Schiedsgerichte haben – selbst in den aufgezählten sensiblen Bereichen wie Gesundheit, Soziales, Umwelt- und KonsumentInnenenschutz von Fall zu Fall – zu prüfen, ob neue Gesetze und sonstige Regulierungen, die die Profiterwartungen von ausländischen Unternehmen schmälern, im legitimen Interesse der Allgemeinheit sind und notwendig sind und ob die Durchsetzung auch verhältnismäßig ist. Die Beweislast liegt beim Staat.

Grundsätzlich bleibt die Kernkritik am Investitionsschutzregime – auch wenn es Berufungs- und Prüfungsmöglichkeiten bei eklatanten Fehlurteilen gibt – unberührt: Es wird eine Zweiklassen-Justiz geschaffen. Ausländische Investoren können mit den Sonderklagerechten nationale Gerichte umgehen und Staaten direkt klagen, was andere in der Gesellschaft nicht können. Darüber hinaus werden US-amerikanische Investoren bessergestellt als inländische Unternehmen. Da die materiellen Investitionsschutzbestimmungen (gerechte und billige Behandlung, Entschädigung bei sog. indirekter Enteignung, legitime Erwartungen des Investors) keinerlei Änderung erfahren haben, werden mögliche Streitfälle nicht eingeschränkt.

Die SchiedsrichterInnen des neuen ICS sind nach wie vor nicht dem öffentlichen Interesse verpflichtet, sondern haben nur die Bestimmungen des Abkommens auszulegen, die ausschließlich dem Investorenschutz dienen. Das finanzielle Interesse der SchiedsrichterInnen an Streitfällen ist unverändert: sie verdienen an Streitfällen entsprechend dem Streitwert. Die fixe monatliche Entschädigung beträgt nur 2.000,-- €.

3. Stand der Verhandlungen zum Investitionsschutz und TTIP generell

Der Entwurf zum Investitionsschutz wird im EP und Europäischen Rat in den jeweiligen handelspolitischen Gremien diskutiert, wobei die Kommission keine formale Zustimmung einholen wird, sondern so bald wie möglich den Text in die Verhandlungen mit den USA einbringen will. Auf ExpertInnenebene wurde Kritik am Entwurf geäußert (Schweden und Deutschland forderten ua eine „no greater rights“-Klausel), auf politischer Ebene zeichnet sich **derzeit kein Widerstand** ab. Das BMWFW hat den Vorschlag begrüßt und diesen als eine gute Möglichkeit die Verhandlungen wieder aufzunehmen gesehen. Vom BKA, BMASK und BMVIT wird nach wie vor auf die Entschließung des Nationalrates verwiesen, der die Sinnhaftigkeit von ISDS mit Vertragspartnern, die entwickelte Rechtsstaaten sind, in Frage stellt.

Die Verhandlungen zu TTIP gestalten sich generell unübersichtlich und diffus. Bisher konnte noch keines der 24 Kapitel abgeschlossen werden. Die Kommission überarbeitet zurzeit das Nachhaltigkeitskapitel, das ebenfalls verhandelt werden könnte. Arbeiten im Rahmen der Regulatorischen Kooperation sollen fortgesetzt werden (Konformitätsbewertungen). Unbefriedigend ist immer noch die Frage des Zugangs zu vertraulichen Dokumenten mit US-Textvorschlägen. Der Abschluss der Verhandlungen wurde vom Chefverhandler der EU-Kommission, Ignacio Bercero, auf Ende 2016 in Aussicht gestellt, laut Kommissarin Malmström wäre auch eine anschließende Fortführung (nach entsprechender Unterbrechung im Zuge der US-Präsidentschaftswahlen) möglich.

4. Position/Forderung der AK zum Investitionsschutz

Die AK hat bisher Investitionsschutzbestimmungen im TTIP grundsätzlich abgelehnt. Da sich inhaltlich nichts geändert hat, besteht kein Bedarf, die grundsätzliche Position anzupassen: Entsprechend der Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zu ISDS in TTIP sollen keine – und daher auch nicht verschönerte – Sonderklagerechte den Konzernen gewährt werden. US-amerikanische Unternehmen sind in der EU nicht besser zu behandeln als andere BürgerInnen.